

# Leserbriefe

Im Missbrauchsfall um den katholischen Priester Edmund Dillinger kommen weitere Details ans Licht. Dillingers Neffe appelliert eindringlich an das Bistum Trier, die bisherige Haltung zu überdenken.

## „Nähe zum Papst gab es nicht“

Was bezwecken Sie mit dem Riesenartikel „Die Abgründe des Ehrendomherrn“? Aufklärung und Wiedergutmachung oder Sensationsschere und Auflagensteigerung? Vom Umfang des Artikels abgesehen, sind Sie mit ihm meines Erachtens nahe am Niveau der „Bild“-Zeitung gelangt. Natürlich ist der bisherige Umgang der Kirche mit den Opfern nicht hinnehmbar, und natürlich haben mehr oder weniger alle Verantwortlichen versagt. Und es ist richtig, wenn der Ruf der Institution katholische Kirche deshalb in Mitleidenschaft gezogen wird. Und es ist nachvollziehbar, wenn viele Menschen mit diesem „Verein“ nichts mehr zu tun haben wollen und austreten. Aber einer Aufarbeitung in der von Ihnen gewählten Form hätte es dazu nicht bedurft. Man kann ja von den Päpsten Johannes Paul II. und Benedikt XVI. halten, was man will, aber auf die zwei Fo-

tos mit ihnen hätten Sie verzichten können. Sie sollen lediglich deren Nähe zu dem Domherrn suggerieren, die es mit Sicherheit nicht gab. Wer ist eigentlich „die Kirche“, die von der Engelmacherin-Oma den Enkel haben wollte?

**Winfried Sigismund, Andernach**

## „Ruf der Kirche ist ohnehin hin“

Natürlich sind der Besitz und die Verbreitung von kinderpornografischen Bildern strafbar. Das ist gut so, richtig und nachvollziehbar. Doch der Neffe des beschuldigten Priesters hatte eine andere hehre Absicht: Weitere Opfer seines Onkels zu ermutigen, an die Öffentlichkeit zu gehen, Sühne zu erbiten und systemische Fehler in der Kirche endlich zu beseitigen. Wenn nun der ehemalige Justizminister Robbers dem Neffen den Rat gibt, die Bilder zu verbrennen, trägt er dazu bei, dass der Verdacht weiterhin entsteht, die Kirche wolle vertuschen, verharmlosen, Täter zu

Opfern machen, um ja nicht ihren Ruf zu schädigen.

Der ist ohnehin hinüber. Und er wird es bleiben, wenn sich solche schändlichen, menschenverachtenden Taten nicht gerichtlich aufarbeiten lassen. Hier und jetzt und nicht erst beim Jüngsten Gericht.

**Harald Dupont, Ettringen**

## „Schäme mich für meine Kirche“

Ich schäme mich für einen Kollegen, den ich zwar nicht kannte und von dessen Existenz ich erst erfahren habe, als ich vor einigen Monaten seine Todesanzeige in den Händen hielt. Ich schäme mich für meine Kirche, die es nicht geschafft hat, die Perversität zu erkennen, die hier am Werk war, den Täter zu isolieren und seine Verbrechen zu verhindern. Ich schäme mich dafür, dass Verantwortliche nicht angemessen reagiert haben.

Ich bin aber auch wütend: Über die Tatsache, dass durch solche Täter viele wertvolle Menschen in der

Kirche aus dem Blick geraten, die sich mit größtem Einsatz bemühen, gerade Kinder und Jugendlichen dabei zu unterstützen, verantwortliche und selbstbestimmte Persönlichkeiten zu entwickeln. In der öffentlichen sehr verständlichen Kritik und Diskussion um Kirche und ihre Leitung gehen sie völlig unter. Der im Bericht geschilderte Zeitraum von Anfang der 70er-Jahre bis zu den 2000er-Jahren ist ungefähr identisch mit meiner eigenen Tätigkeit in der Jugendarbeit auf der Ebene der Gemeinde zunächst als Ehrenamtlicher und dann auch auf Bistumsebene und bundesweit als Verantwortlicher. In diesen Jahren bin ich sicher mehreren Hundert, wenn nicht Tausenden, oft jungen Menschen begegnet, die mit viel Elan, Kreativität und Engagement alles daran gesetzt haben, Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg zum Erwachsenenleben zu begleiten mit all ihren Fragen und Suchbewegungen inklusive bei der Entwicklung einer selbstbestimmten und eigenverantworteten Sexualität. Sie haben dafür oft in Kauf genommen, gän-

gige Moralvorstellungen in der Kirche zu kritisieren und mit ihnen in Konflikt zu geraten. Die Kritik und Zurechtweisung von Verantwortlichen auf allen Ebenen, von Pfarrgemeinderatsmitgliedern, Pfarrern bis hin zu Bischöfen hat sie nicht abgehalten, diese Unterstützung zu leisten. Sie gehören für mich zum größten Schatz der Kirche – auch hier im Pastoralen Raum Neuwied. Sie dürfen bei aller berechtigten Anklage und dem Ruf nach Aufarbeitung und Sanktionierung nicht vergessen werden.

Und es ist meine Hoffnung, dass es gelingt, auch bei aller berechtigten Anklage, die Diskussion differenziert genug zu führen. Kirche hat – das steht für mich außer Frage – einen Reformbedarf riesigen Ausmaßes, aber in der Kirche wirken auch viele wertvolle Menschen, die eine Pauschalverurteilung nicht verdient haben. In allen Pfarreien des Bistums werden derzeit Schutzkonzepte entwickelt, die helfen sollen, dass kirchliche Orte und Maßnahmen zu sicheren Räumen werden, in denen Kinder, Jugendliche und alle Schutzbedürf-

tigen sich sicher und würdevoll bewegen können. Auch hier engagieren sich Hunderte ehren- und hauptamtlich Mitarbeitende, die das Wohl der uns Anvertrauten über alles stellen.

Seit 2010, als der Missbrauch in der Kirche öffentlich wurde, hat sich einiges getan an Schulungen von Haupt- und Ehrenamtlichen in der Prävention, bei Beratungsangeboten und in der Entwicklung von Interventionswegen und Interventionsmöglichkeiten. Daran werden wir auf allen Ebenen weiterarbeiten müssen. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir auch über unsere Strukturen nachdenken müssen, die es möglich machen, dass pervers oder krankhaft veranlagte Personen zu Einfluss und Ansehen kommen. Aufarbeitung und Verantwortungsübernahme müssen sein, aber die Glaubwürdigkeit und Existenzberechtigung von Kirche hängt davon ab, ob es gelingt, diese Strukturen und die dahinterliegenden Haltungen zu verändern.

**Peter Dörrenbächer, Dekan Pastoraler Raum Neuwied**

Die letzten Atomkraftwerke sind abgeschaltet, da beginnt eine neue Debatte: Bayerns Ministerpräsident Söder will einen Meiler weiter betreiben und dafür das Atomgesetz ändern.

## „Meinung mit der Lage ändern“

Als ich zum ersten Mal hörte, dass Markus Söder den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke in Länderhand legen will, habe ich laut gelacht. Für solche Überraschungen ist er allemal gut. Eine Grundgesetzänderung mit Zweidrittelmehrheit durchzusetzen, ist gänzlich unwahrscheinlich. Wenn man aber seine Argumente näher betrachtet, liegt er gar nicht so falsch: Die Stromversorgung in Deutschland wird durch die Abschaltung der letzten klimafreundlichen AKW weiter massiv gefährdet. Unser Netz benötigt grundlastfähige Kraftwerke, und ohne Atomstrom sind das eben in erster Linie die klimaschädlichen Kohlekraftwerke. Das ideologisch völlig übertrieben dargestellte Endlagerproblem gibt es nicht, wenn man in Betracht zieht, dass Atommüll letztlich ein Wertstoff ist, den man zur späteren Energiegewinnung heranziehen kann. Dass Markus Söder früher mal eine andere Meinung zu dem Thema hatte und dass er es jetzt aus wahltaktischen Gründen aufgreift, kann man ihm ja nicht wirklich vorwerfen. Wenn sich die Lage ändert, muss man auch mal seine Meinung ändern, und hinsichtlich einer anstehenden Wahl zu taktieren, macht ja wohl jeder Politiker.

**Martin Hanten, Koblenz**

## „Sind wir noch ganz bei Trost?“

Es ist nicht verwunderlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung gegen den Atomausstieg ist. Was ist die Alternative? Der von Ideologen geforderte massive Ausbau der erneuerbaren Energien ist so schnell nicht zu realisieren. Gaskraftwerke zu bauen und verstärkt einzusetzen, verteuert, bedingt durch den teuren Brennstoff Gas, die Strompreise erneut. Was bleibt da übrig? Wir nehmen wieder Kohlekraftwerke ans Netz und kaufen Atomstrom im Ausland. Kann es denn sein, dass ein ganzes Volk sich den grünen Ideologen unterwerfen muss, nur weil die Bündnisgrünen,



Mit der Trennung der Kernkraftwerke Isar 2 (Foto), Neckarwestheim und Emsland vom Stromnetz endete jetzt die Ära der kommerziellen Stromerzeugung mit Atomkraftwerken in Deutschland.

Foto: Armin Weigel/dpa/picture alliance

jetzt wo sie mit in der Regierung sitzen, ihre Ideologie umsetzen wollen und auch können? Ich verstehe den vernünftigen Teil der SPD, vor allem aber die FDP nicht, dass die das alles so mitmachen. Und Olaf, der Kanzler schweigt wie immer. Es wird höchste Zeit, dass das Volk auf die Barrikaden geht und sich nicht mehr von Robert und Steffi am Nasenring durch die Manege führen lässt. Die Franzosen sind anders gestrickt, die gehen für sehr viel weniger wichtige Dinge auf die Straße. Das Schlimme ist, dass das, was die Regierungsparteien derzeit veranstalten, der AfD zu ungeahnten Ergebnissen bei den nächsten Wahlen verhelfen wird. Sind wir eigentlich noch ganz bei Trost, dass wir Deutsche uns von völlig unwissenden Ministern so drangsalieren lassen? Gleiches gilt übrigens auch für das Heizungsverbot von Herrn Habeck ab 2024. Hätten wir noch mal einen Kanzler

wie Helmut Schmidt, einen Wirtschaftsfachmann wie Otto Graf Lambsdorff und Oppositionsführer wie Strauß und Wehner. Die derzeitige Bundesregierung führt das Land unweigerlich in den Ruin.

**Rainer Kempf, Westerburg**

## „Atomstrom aus Frankreich“

In der Ukraine befürwortet Habeck das Weiterlaufen der Atomkraftwerke. Frankreich setzt weiter auf Atomkraftwerke und baut 14 neue Anlagen. Wir steigen aus und beziehen dann den Atomstrom aus Frankreich. Ich finde es sehr gut, dass die EU sich in den Kernfragen so einig ist. Habeck würde sagen: Wir steigen ja nicht aus dem Atomstrom. Wir beziehen ihn halt nur woanders her.

**Uwe Orthey, Lochem**

## „Erst für, dann gegen Ausstieg“

Vor einigen Jahren wurde unter Angela Merkel der Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Heute, nachdem die letzten Meiler abgeschaltet wurden, sind Teile der CDU dagegen. Das soll man als Normalbürger mal verstehen.

**Heinrich Kreutzer, Medard**

## „Werden wir bitter bereuen“

Ich wünsche mir fünf Atomkraftwerke hierzulande, dann ist es aus mit der CO<sub>2</sub>-Diskussion und CO<sub>2</sub>-Gefahr, dann gibt es keine Windräder mehr, die die Vögel schredern und die Natur verschandeln,

dann sind die Wiesen frei von Voltaireanlagen, und alle Tiere leben, klein und groß, unter freiem Himmel und sind nicht der Hitze der Paneele ausgesetzt. Dann muss man nicht Kohleabbau oder Gas fördern, dann müssen wir nicht das sündhaft teure Flüssiggas aus aller Welt importieren, dann sind wir so sicher, dass wir nicht frieren, und so weiter. Vor vielen Jahren hat Bundeskanzlerin Angela Merkel das Nein zu Atomkraft ausgesprochen. Hätten wir damals weitergefragt, sicher hätte man einen Weg gefunden, mit dem bösen Uran fertig zu werden. Die deutschen Atomkraftwerke sind sicher. Die Manie „Atom weg“ werden wir in den nächsten Jahren noch bitter bereuen und mit Tausenden von Milliarden Euro bezahlen.

Aber das alles stört Minister Habeck und seine Kollegen nicht. Seine Schäfchen hat er im Trockenen.

**Ewald Visel, Dierdorf**

Mit dem Großkreuz in besonderer Ausführung wurde Altbundeskanzlerin Angela Merkel nach Konrad Adenauer und Helmut Kohl die höchste Auszeichnung verliehen, die Deutschland für persönliche Leistungen zu vergeben hat.

## „Finde Ehrung unangemessen“

Da wird der Ex-Kanzlerin Angela Merkel mit der Überreichung des Verdienstordens der Bundesrepublik die höchstmögliche Ehre des Staates zuteil. Statt in Ehrfurcht und Demut dieses Geschenk des Staates anzunehmen und sich nach Adenauer und Kohl in diesen elitären Kreis einzuordnen, scheint ihre persönliche Würdigung eher unangemessen.

Sicherlich waren ihre Verdienste, gemessen an Adenauer als Nachkriegskanzler, nicht annähernd vergleichbar. Kohl hatte das große Glück der Wiedervereinigung, die er ohne Genscher nie erreicht hätte.

Die Feierstunde jedoch mit einem Kaffeekränzchen zu begehen, wurde dem Anspruch der Ehrung in keiner Weise gerecht. Die Breite der Gesellschaft hätte zu diesem Staatsakt eingeladen werden müssen und nicht nur wohlfeile Unterstützer ihrer Amtszeit.

Dass sie sogar die heutigen Granden der CDU, der Partei, der sie alles zu verdanken hat, nicht einladen ließ, zeigt den Charakter dieser Frau. Es zeugt nicht von Größe, sondern von einer „beleidigten Leberwurst“, wie wir es hier im Rheinland formulieren würden. Insofern finde ich die Ehrung unangemessen.

**Karl-Otto Hahn, Bendorf-Sayn**

### Ihr Kontakt zu uns

Sie möchten auch Stellung zu Themen unserer Zeit oder unserer Zeitung beziehen? Schreiben Sie uns:

Rhein-Zeitung  
Leserbriefe  
56055 Koblenz  
Fax: 0261/892-122  
leserbriefe@rhein-zeitung.net

Leider können wir von den zahlreichen Zuschriften, die uns täglich erreichen, nur einen Teil veröffentlichen und müssen uns das Recht auf Sinn wählende Kürzung vorbehalten. Ein Recht auf Abdruck eines Leserbriefs besteht nicht.

Achten Sie darauf, dass Ihr Leserbrief nicht länger als 2500 Zeichen (inklusive Leerzeichen) ist und Ihren vollständigen Namen und Ihre Adresse sowie für etwaige Rückfragen Ihre Telefonnummer enthält. Anonyme Zuschriften veröffentlichen wir nicht. Als Einsender erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Name und Ihr Wohnort in der Zeitung und im Internet auf [rhein-zeitung.de](http://rhein-zeitung.de) veröffentlicht und archiviert werden.

Ihre Zuschrift sollte sich mit konkreten Inhalten der Zeitung auseinandersetzen. Ein Hinweis auf den Anlass Ihres Briefes sollte deshalb vermerkt sein (Überschrift und Erscheinungsdatum des betreffenden Artikels). Schreiben, die sich auf andere Leserbriefe beziehen, veröffentlichen wir in der Regel nicht.

Günstiges Geld der Weltbank bekommen die Entwicklungsländer für Investitionen in Nachhaltigkeit.

## „Kredite sind aus Gerechtigkeitsgründen in Zuschüsse umzuwandeln“

Der Reforminitiative zufolge, die von Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) ausging, soll die Weltbank den armen Ländern attraktive Zinskonditionen für Kredite geben, um den Klimaschutz voranzutreiben. Die Ministerin wird in diesem Zusammenhang mit den Worten zitiert: „Armut lässt sich heute nur noch erfolgreich bekämpfen, wenn man zugleich Klimaschutz und soziale Sicherheit in

den Blick nimmt.“ Diese Erkenntnis ist tendenziell richtig, und das Engagement der Ministerin an sich lobenswert, denn sie will eine inhaltliche Verbesserung des bisherigen Weltbankagierens erreichen.

Jedoch der globale Süden bedarf für seine Mindestentwicklung keiner kapitalistischen, neoliberalen Kredite in Form von zinsbelasteten, rückzahlbaren Darlehen, sondern in sehr, sehr erheblichem

Umfang zinsloser nicht rückzahlbarer Zuschüsse. Solche Zuschüsse für die Entwicklungsländer wären ein demokratisches, humanitäres, ökologisch-sozialistisches Instrument, welches gerade kein ungegerechtfertigt gewährtes Privileg für den globalen Süden bedeutete, sondern zumindest eine partielle Wiedergutmachung der Jahrhunderte währenden extremen Ausbeutungs- und Unterdrückungs-

strategie des Westens, Europas oder des globalen Nordens.

Der globale Norden beziehungsweise die reicheren Länder müssen ihr Denkschema entschieden verwerfen, das ihnen jahrhundertlang zulasten der sogenannten Dritten Welt eine gigantische Kapitalanhäufung bescherte. Insofern geht es in die richtige Richtung, wenn Oxfam-Experte Jan Kowalzig darauf verweist: „Ländern Geld

zu leihen, um sich an Folgen einer Klimakrise anzupassen, die sie selbst am wenigsten verursacht haben, das ist aus dem Blickwinkel der Klimagerechtigkeit sehr problematisch.“

Diese Leihe ist meines Erachtens aber nicht nur „sehr problematisch“. Diese Leihe ist aus Gerechtigkeitsgründen in Zuschüsse umzuwandeln.

**Helmut Gelhardt, Neuwied**